



**Gäste:**

Herr Sames

Sprecher Fahrgastbeirat

**Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:**

Frau Simone Benz

Stellv. Schriftführerin

**Entschuldigt:**

Herr Peter Neidel

Stadtrat

**Ortsvorsteherin Victor** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Ortsvorsteherin Victor möchte die Tagesordnungspunkte 3 – 5 gemeinsam zur Beratung aufrufen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

**Tagesordnung (öffentliche Sitzung):**

1. Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Ortsbeirates am 06.02.2018
2. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
3. Bericht des Fahrgastbeirates zur Situation der Stadtbuslinie 1 im Hinblick auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2018
4. Buslinie 1 der Stadtwerke Gießen (MitBus) OBR/1104/2018  
- Antrag der FW-Fraktion vom 10.04.2018 -
5. Nahverkehrsplan der Universitätsstadt Gießen - OBR/1105/2018  
Information zu beabsichtigten Veränderungen  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2018 -
6. Biodiversität erhalten - kein Glyphosat auf städtischen OBR/1102/2018  
Flächen  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2018 -

7. Drucklegung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte der Stadt Gießen OBR/1103/2018  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2018 -
8. Mitteilungen und Anfragen
- 8.1. Offenlage des Bebauungsplanes RÖ 07/05 "In der Roos"
- 8.2. Geschwindigkeitskontrolle Ruhbanksweg
- 8.3. Winterdienst obere Rosengasse
- 8.4. Baugebiet "Burgwiese"
- 8.5. Friedhof Rödgen
9. Bürgerfragestunde
- 9.1. Linie 1 - Rödgen

#### **Abwicklung der Tagesordnung (öffentliche Sitzung):**

**1. Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Ortsbeirates am 06.02.2018**

---

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

**2. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen**

---

**Herr Becker** bemängelt, dass der Ortsbeirat Rödgen nicht über einen Grundstücksverkauf in Rödgen informiert wurde.

Weiterhin bemängelt er, dass der Ortsbeirat im Vorfeld keine Information über die Straßensperrung im Zuge der verkehrlichen Anbindung des Geländes „Alter Flughafen“ erhalten habe. Zwar habe der Ortsbeirat eine Stellungnahme des Magistrats vom 22.02.2018 in dieser Angelegenheit erhalten, allerdings wurde darin nicht auf die geplante Straßensperrung hingewiesen.

**Herr Pausch** erklärt, der Magistrat habe zu diesem Zeitpunkt selbst keine Kenntnis von der Straßensperrung gehabt. Ursache für die Sperrung sei ein verhängter Baustopp an eine ausführende Firma gewesen und somit auch nicht geplant.

Ortsvorsteherin Victor ruft die Tagesordnungspunkte 3 – 5 gemeinsam zu Beratung und Aussprache auf

### **3. Bericht des Fahrgastbeirates zur Situation der Stadtbuslinie 1 im Hinblick auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2018**

---

**Herr Pausch** erläutert Einzelheiten zur neuen Linie 17, die ab Dezember die Linie 1 entlasten solle. Diese Linie solle von Montag –Freitag im Halbstundentakt zwischen den Fahrten der Linie 1 verkehren. Diese Erweiterung der Anbindung verursache Kosten von ca. 250 000 Euro.

**Herr Sames**, Sprecher des Fahrgastbeirates, führt aus, aus Sicht des Fahrgastbeirates gebe es nichts Neues zur Situation der Linie 1 zu berichten. Die Busse seien nach wie vor überfüllt. Er stellt das Gremium 'Fahrgastbeirat' vor und bietet dem Ortsbeirat die Zusammenarbeit an.

An der sich anschließenden Aussprache zur Situation des ÖPNV in Rödgen beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder Becker, Neubert, Geißler, Victor und Stadtrat Zippel.

Die Mitglieder des Ortsbeirates beschließen die folgenden Forderungen:

***„Der Ortsbeirat fordert den Magistrat auf, den Ortsbeirat über die geplanten Veränderungen im Nahverkehrsplan zu informieren und ihm die Möglichkeit der Stellungnahme zu geben.“***

***Der Ortsbeirat Rödgen setzt sich für eine Vernetzung der Buslinien mit den umliegenden Gemeinden ein. (Alten Buseck/Trohe/Rödgen)“***

### **4. Buslinie 1 der Stadtwerke Gießen (MitBus) - Antrag der FW-Fraktion vom 10.04.2018 -**

---

**OBR/1104/2018**

**Antrag:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, in Verbindung mit den Stadtwerken Gießen (MitBus) einen aktuellen Sachstandsbericht hinsichtlich der Bemühungen zur Entlastung der Buslinie 1 in Richtung Gießen-Rödgen zu erteilen.“

**Begründung:**

Sämtliche Fraktionen des Ortsbeirates Gießen-Rödgen haben in der Vergangenheit mehrfach eindringlich auf die zumindest teilweise unhaltbare Situation der Überfüllung der Busse der Linie 1 hingewiesen. Auch wurden bereits Vorschläge zur Verbesserung der Linienführung öffentlich in den Medien diskutiert. Zwischenzeitlich wurde der

Ortsbeirat Gießen-Wieseck über die Möglichkeiten der Linienführung nach Gießen-Wieseck sowie der Anbindung der dortigen Neubaugebiete an der Marburger Straße informiert.

Der Ortsbeirat Gießen-Rödgen möchte seinerseits in Kenntnis gesetzt werden, ob auch im Hinblick auf die Führung der Linie 1 in Richtung Gießen-Rödgen bereits konkrete Vorstellungen entwickelt wurden, welche geeignet sind, diese Linie in Zukunft zu entlasten.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig beschlossen.

**5. Nahverkehrsplan der Universitätsstadt Gießen - OBR/1105/2018**  
**Information zu beabsichtigten Veränderungen**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2018 -**

---

**Antrag:**

„Der Ortsbeirat Rödgen möge beschließen, der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, zur geplanten Vorlage eines veränderten Nahverkehrsplanes (NVP) den Ortsbeirat Rödgen über vorgesehene Veränderungen der Buslinie 1 bzw. Änderungen, die Rödgen betreffen, zu informieren.“

**Begründung:**

Bei der letzten Modifizierung des NVP wurde in der Diskussion eine dringend notwendige Fortschreibung des Planes vom Magistrat und den Fraktionen betont. Wir gehen davon aus, dass diese Fortschreibung zurzeit vorbereitet wird und möchten deshalb rechtzeitig informiert sein, um unsere Vorstellungen einzubringen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig beschlossen.

**6. Biodiversität erhalten - kein Glyphosat auf städtischen OBR/1102/2018**  
**Flächen**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2018 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten:

1. dafür Sorge zu tragen, dass grundsätzlich auf öffentlichen Flächen glyphosathaltige Herbizide nicht mehr eingesetzt werden und dies auch auf den Grundstücken städtischer Gesellschaften unterbunden wird.
2. beim Abschluss neuer Pachtverträge für städtische landwirtschaftliche Flächen und bei der Verlängerung von Pachtverträgen eine Klausel einzufügen, mit der sich der Pächter zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln auf diesen Flächen verpflichtet. Diese Klausel soll auch zum Tragen kommen, wenn eine automatische Verlängerung des Pachtvertrages vorgesehen ist.

3. dafür Sorge zu tragen, dass städtische Einrichtungen, die Informations- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit privater Gartenpflege erbringen, nachdrücklich auf den Verzicht auf glyphosathaltiger Mittel einwirken und Informationen zur Pflege von Haus- und Kleingärten ohne den Einsatz von Glyphosat bereitstellen.“

### **Begründung:**

Nach Angaben der Krebsforschungsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation gilt Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“, andere Institute sehen entgegen keine Gefahr für den Mensch. Fakt ist: Glyphosat gehört zu den am besten erforschten Pestiziden. Fakt ist auch: In der Pflanzen- und Tierwelt richtet das Unkrautbekämpfungsmittel erheblichen Schaden an. Vor allem die Biodiversität leidet unter dem Einsatz von Glyphosat, da es nicht selektiv, sondern unterschiedslos auf den Stoffwechsel aller Pflanzen einwirkt. Das Bundesumweltamt sorgt sich deshalb um die Vernichtung von Kräutern, Wildblumen und Gräsern auf Ackerflächen. Denn damit wird Insekten und anderen Tieren die Lebensgrundlage entzogen. Dies widerspricht den Zielen der Stadt Gießen, die sich nachdrücklich durch ihre Erklärung zur Biodiversität für den Erhalt von Tier- und Pflanzenarten in der Kulturlandschaft einsetzt.

Glyphosat kann über Ausschwemmung und Versickerung auch das Oberflächen- und Grundwasser belasten. Die Wirkstoffe gelangen über die Trinkwassergewinnung zurück zum Verbraucher. Somit sind gesundheitliche Belastungen nicht mehr auszuschließen. Auch der Schutz des Trinkwassers hat für Gießen eine herausragende Bedeutung. Ein Glyphosatverzicht kann aber auch bedeuten, dass auf den landwirtschaftlichen Flächen ein höherer Aufwand für die Bodenbearbeitung nötig wird. Das ist aber im Sinne der Biodiversität verkraftbar.

Seit einigen Jahren ist eine lebhaft geführte Debatte über das Verbot von Glyphosat in Gang:

Bereits 2013 hat sich der Bundesrat dafür ausgesprochen, glyphosathaltige Herbizide im Haus- und Kleingartenbereich zu verbieten. Auf Landesebene ist der Einsatz von Glyphosat seit 2016 per Erlass des Hessischen Umweltministeriums auf öffentlichen Flächen (z.B. Wege und Plätze) außerhalb land-, forstwirtschaftlich und gärtnerisch genutzter Flächen stark eingeschränkt. In Deutschland haben bekannte Gartenlandschaftsbaumärkte Glyphosatprodukte aus ihrem Sortiment genommen. Aber immer noch sind aktuell 37 Pflanzenschutzmittel von 12 Firmen mit Glyphosat zugelassen, die unter 105 Handelsnamen häufig sogar online vermarktet werden. Befürchtet wird, dass glyphosathaltige Unkrautvernichtungsmittel z.B. im privaten, kleingärtnerischen Bereich noch zu häufig und dann oft unsachgemäß angewandt werden. Die Zulassung des Total-Herbizids Glyphosat durch den EU-Ministerrat um weitere fünf Jahre hat fatale Folgen für die Tier- und Artenvielfalt sowie den Gewässerschutz. Gesundheitliche Nachteile für den Menschen können nach wie vor nicht ausgeschlossen werden. Daran wird auch die nach EU-Recht vorgeschriebene Überprüfung der Zulassung und der Anwendungsbedingungen solcher Produkte auf Ebene der Mitgliedsstaaten ab 2019 nichts ändern.

Erfreulicherweise hat Frankreich bereits angekündigt, in spätestens drei Jahren Glyphosat zu verbieten. Über die unrühmliche Rolle des geschäftsführenden Bundeslandwirtschaftsministers Schmidt in dieser Frage, der sich über die Haltung der

geschäftsführenden Bundesumweltministerin Hendricks und der Richtlinien der geschäftsführenden Bundesregierung hinwegsetzte, wollen wir erst gar nicht sprechen. Gießen hat es im Sinne des Vorsorgeprinzips nun selbst in der Hand, die Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzengiften im öffentlichen, privaten und kommerziellen Bereich so weit wie möglich einzuschränken.

**Herr Thiel** vertritt die Auffassung, Ziel des Antrages war es, einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu erwirken. Diesen Beschluss gebe es bereits, daher sei der Antrag überholt.

**Herr Becker** erklärt, die SPD-Fraktion ziehe den Antrag zurück.

**Beratungsergebnis:** Zurückgezogen

**7. Drucklegung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte der Stadt Gießen OBR/1103/2018  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2018 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass noch in diesem Jahr eine gedruckte Fassung aller für die Ortsbeiräte in der Stadt Gießen gültigen Regelungen vorgelegt wird.“

**Begründung:**

In der letzten Legislaturperiode wurde der Katalog der Regelungen für die Ortsbeiräte deutlich ausgeweitet. Insbesondere für neue Mitglieder in den Ortsbeiräten sollte eine schriftliche Grundlage für Ihre Tätigkeit zur Verfügung stehen.

**Herr Becker**, SPD-Fraktion, erklärt, Ziel des Antrages sei es, nicht nur die Geschäftsordnung des Ortsbeirates in gedruckter Form zu erhalten, sondern **eine Zusammenfassung** aller, den Ortsbeirat betreffenden, Regelungen und Bestimmungen. (z. B. Informationen über Grundstücksverkäufe, Antragsrecht an die Stadtverordnetenversammlung, Einladung der Ortsvorsteher in Magistratssitzungen -wenn den Ortsteil betreffende Angelegenheiten behandelt werden- und Grenzänderungsvertrag).

Herr Becker betont außerdem, die Geschäftsordnung sei auf dem Stand von 2008. Alle in Fußnoten aufgeführten Änderungen sollten in den Text der Geschäftsordnung eingearbeitet werden.

Dies sei insbesondere wichtig, damit auch neue Ortsbeiratsmitglieder „auf einen Griff“ alle wichtigen Informationen erhalten.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig beschlossen.

## 8. Mitteilungen und Anfragen

### 8.1. Offenlage des Bebauungsplanes RÖ 07/05 "In der Roos"

**Ortsvorsteherin Victor** teilt mit, dass in der Zeit vom 02.05. bis 08.06.2018 der Bebauungsplan RÖ 07/05 „In der Roos“ im Stadtplanungsamt zur Einsicht ausgelegt werde.

Sie werde veranlassen, dass der Plan ebenfalls in der Verwaltungsstelle Rödgen zu deren Öffnungszeiten ausgelegt werde.

### 8.2. Geschwindigkeitskontrolle Ruhbanksweg

**Herr Döring**, SPD-Fraktion, führt aus, im Ruhbanksweg werde die dort erlaubte Schrittgeschwindigkeit nicht eingehalten. Er bittet das Ordnungsamt hier Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen.

### 8.3. Winterdienst obere Rosengasse

**Herr Döring** teilt mit, ihm sei berichtet worden, dass Mitarbeiter des Pflegedienstes im Winter an manchen Tagen ihre Patienten in der oberen Rosengasse nicht erreichen konnten, da in diesem Bereich vom Winterdienst noch nicht geräumt wurde.

### 8.4. Baugebiet "Burgwiese"

**Herr Geißler**, SPD-Fraktion, möchte erfahren, was aus dem Vorschlag des Magistrats bezüglich des Baugebiets „Burgwiese“ geworden sei.

### 8.5. Friedhof Rödgen

**Herr Becker** kritisiert den Zustand des Rödgener Friedhofs, insbesondere über die Osterfeiertage. Die Abfallbehälter waren überfüllt. Vor allem vom hinteren Eingang her kommend gab es Verschmutzungen durch Laub, Dreck, Papier, Dosen und Flaschen.



Außerdem hingen noch die Kränze vom Volkstrauertag im November am Ehrenmal. Er bittet dringend um bessere Pflege des Friedhofs.

## **8.6 Termine der nächsten Ortsbeiratssitzungen**

---

Die Mitglieder des Ortsbeirates einigen sich auf folgende Termine für die nächsten Sitzungen des Ortsbeirates (jeweils dienstags, 19:30 Uhr):

**28. August, 16. Oktober und 13. November**

## **9. Bürgerfragestunde**

---

### **9.1 Linie 1 – Rödgen**

**Herr Runge** erkundigt sich, ob das Schreiben bezüglich der Buslinie 1, das er an die Ortsvorsteherin gerichtet habe, an den Magistrat weitergeleitet wurde.

Dies wird von Ortsvorsteherin Victor verneint.

**Herr Walldorf** möchte wissen, ob die angesprochene Entlastung der Linie 1 auch bedeute, dass keine Gelenkbusse mehr durch Rödgen fahren. Für die Anwohner der Rosenstraße sei dies nicht länger zumutbar. Er gibt zu bedenken, dass der Untergrund der Straße nicht für die Nutzung durch Schwerlastverkehr geeignet sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DIE ORTSVORSTEHERIN:**

(gez.) V i c t o r

**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) B e n z